

Beweise für eine Fortführung des Nuklearprogramms Nordkoreas, Fortsetzung des Handelskriegs und Googles Pläne für eine zensierte Suchmaschine

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 30. Juli bis zum 3. August 2018

(ss) In dieser Woche beherrschten vornehmlich außenpolitische Themen die Schlagzeilen der amerikanischen Tageszeitungen. Die Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea litten unter neuen Erkenntnissen über eine weiterhin betriebene Raketenfabrik, trotz des gegebenen Versprechens zur nuklearen Abrüstung seitens Kim Jong-uns. Eine zusätzliche Belastung stellt die Erhöhung der Strafzölle auf chinesische Importwaren dar, welche diese Woche von Donald Trump vorgeschlagen wurden. Des Weiteren musste sich Google mit einem Aufschrei von Kritikern auseinandersetzen, nachdem der Technologieriese seine Pläne zur Veröffentlichung einer zensierten Version ihrer Suchmaschinen-App publik machte, welche speziell auf den chinesischen Markt abzielt.

Im Juni hatte ein scheinbar vielversprechendes Treffen von Donald Trump und Kim Jong-un in Singapur stattgefunden, welches unter anderem mit einer Erklärung des nordkoreanischen Machthabers zur vollständigen Denuklearisierung sowie im Gegenzug von der U.S.-Regierung gegebenen „Sicherheitsgarantien“ endete. Anfang dieser Woche wurde nun auf Bildern eines amerikanischen Spionagesatelliten eine Fabrik in der Stadt Sanumdong entdeckt, die anscheinend weiterhin nukleare Raketen produziert. Dies stellt nicht nur einen Bruch des nordkoreanischen Versprechens und einen Rückschlag für zukünftige Friedensverhandlungen dar, sondern schadet auch der Machtposition Trumps, der schon gemeinsame Militärübungen mit Südkorea als Zeichen der Annäherung absagte und sich über Twitter bei dem nordkoreanischen Machthaber für die Rückgabe der Überreste amerikanischer Soldaten aus dem Koreakrieg bedankte. Die *Washington Post* betrachtet die Situation als verzwickelt und Kim Jong-uns Absichten als unklar, da die Satelliten „nicht in die Köpfe der Machthaber“ sehen können. Essentiell sei es nun, nicht voreilige Schlüsse zu ziehen und stattdessen eine diplomatische Lösung auf einem weiteren Gipfeltreffen zu finden,

da aus Singapur nur „wage Aussagen und undefinierte Versprechen“ kamen. Transparenz über den Zustand des Nuklearprogramms herzustellen sei hierbei das oberste Ziel, „vor allem in Anbetracht der langen Liste an Erpressungen, Vertragsbrüche und Täuschungen der Kim-Dynastie.“ Die *Washington Post* sieht ihren Vorschlag dennoch als nicht einfach umsetzbar an, speziell in Bezug auf die aktuelle Situation des Verhandlungspartners China, denn durch die auferlegten Zölle der USA könnte „der Handelskrieg mit China eine Abneigung des Präsidenten Xi Jinping hervorbringen, den Vereinigten Staaten bei der Beeinflussung Kim Jong-uns zu helfen.“

Ob die Vereinigten Staaten auch in Zukunft auf die Hilfe des Reichs der Mitte zählen können, scheint tatsächlich ungewiss zu sein. Am Mittwoch kündigte Präsident Trump den nächsten Schritt im Muskelspiel der Wirtschaftsmächte an, denn die Strafzölle auf chinesische Waren, welche sich auf 200 Milliarden U.S.-Dollar belaufen, sollen möglicherweise von 10 Prozent auf 25 Prozent erhöht werden, um damit den asiatischen Giganten zu einer Kursänderung seiner Handelspolitik zu zwingen. Da die finale Entscheidung über diese Maßnahme erst Ende September erwartet wird, gibt die *New York Times* Trump den Rat, seine Strafzölle komplett abzuschaffen und stattdessen mehr auf Freihandelsabkommen mit verbündeten Staaten und Wirtschaftszonen zu setzen. Wenn das Ziel der Trump-Administration die Schaffung „weiterer Arbeitsplätze und höherer Löhne ist, dann wird Amerika der große Gewinner in einem Szenario ohne Zölle sein“. Was die Alternative dazu sei, bilde sich laut der *New York Times* gerade im Handelskrieg mit China ab. Obwohl amerikanische Firmen in zollfreien Handel die Überhand hätte, sehe man an den aktuellen „Vergeltungszöllen“ Chinas auf Agrarprodukte deutlich, wie sehr „amerikanische Bauern, der Aktienmarkt und das Wirtschaftswachstum“ darunter leiden. Mit dem Vorgehen, die Zölle fallen zu lassen, würde sich Trump schon einer bewährten Taktik des früheren Präsidenten Ronald Reagan bedienen: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion einigten sich 1986 aufgrund seines Vorschlages zur beidseitigen nuklearen Abrüstung. Die *New York Times* sehe auch über dreißig Jahre später die Möglichkeit auf ein „ökonomisches Äquivalent, eine totale Handelsabrüstung“.

Der Entschluss der Trump-Administration, China die kalte Schulter zu zeigen, wird von multinationalen Unternehmen nicht unbedingt gutgeheißen, denn die Handelsschlacht der zwei größten Wirtschaftsmächte der Welt zieht für viele Firmen große Gewinneinbußen nach sich. Auch das Technologieimperium Google sieht China schon lange als großes

Marktpotential, weswegen der Gigant des Silicon Valley diese Woche die Entwicklung einer zensierten Version einer Webbrowser-App vorstellte. Diese filtert die Suchergebnisse nach den Vorstellungen der Kommunistischen Partei Chinas, so dass Begriffe wie „Antikommunismus“ oder sogar bestimmte Buchtitel wie George Orwells „1984“ oder „Farm der Tiere“ nicht mehr zu finden sind. Die *New York Post* betitelt dies als eine „Perversion von Google-Technologie zur Gedankenkontrolle“ und wirft die Frage auf, ob die Bedenken, die das Unternehmen noch im Juni bei der Ablehnung eines Kooperationsangebots mit dem Pentagon zeigte, nicht auch in der aktuellen Angelegenheit aufkommen sollten. Hinter den Absichten des Tech-Titanen sieht die *New York Post* wirtschaftliche Interessen, welche auch vor einer Bestärkung der „Kräfte des Totalitarismus“ nicht Halt zu machen scheinen. Die *Washington Post* sieht Google als „Komplizen der Unterdrückung“, sollte sich der Konzern dafür entscheiden, das „größte und eindringlichste Überwachungssystem der Welt“ zu unterstützen. Gründe zur Sorge gäbe es aber nicht nur für Menschen in China, denn die Entwicklung der zensierten App „könnte den Appetit von Autokraten auf der ganzen Welt anregen“. Das Unternehmen habe mit seinem früheren Leitsatz „Don't be evil“, welcher seit 2015 „Do the right thing“ lautet, gebrochen und sich als Profitgier wieder an den riesigen chinesischen Markt herangetraut. Diese Aktion schade laut der *Washington Post* nicht nur dem Ansehen und Glaubwürdigkeit der Firma, sondern auch den Grundwerten des Internets von Freiheit und Gleichheit.

Quellen:

<https://www.nytimes.com/>

<https://www.washingtonpost.com/>

<https://nypost.com/>